



10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für Hessens Beschäftigte



Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU

Foto: IG BAU, Tobias Seifert

IG BAU stellt mit weiteren Gewerkschaften Forderung auf; grundsätzlich müssen es aber 500 Euro mehr sein.

10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften GdP, GEW und ver.di sowie dem dbb beamtenbund und tarifunion für die rund 45 000 Beschäftigten des Landes Hessen. "Grundsätzlich müssen es aber über alle Einkommensgruppen hinweg 500 Euro mehr sein, das ist uns besonders wichtig, damit vor allem diejenigen, die keine hohen Einkommen haben, am Ende deutlich mehr auf ihrem Kontoauszug sehen", sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG BAU, Harald Schaum, der unter anderem für den Forst zuständig ist. Nachwuchskräfte sollen 260 Euro mehr erhalten und die bestehende Übernahmeregulung für Auszubildende soll verlängert werden. Zusätzlich sollen Auszubildende eine Prämie in Höhe von 1000 Euro erhalten, wenn sie nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Land eingehen. Die Gewerkschaften stellen sich eine Laufzeit des neuen Tarifvertrags von zwölf Monaten vor.

Die rund 1900 Beschäftigten im Landesbetrieb HessenForst stellt der auch in hiesigen Wäldern längst angekommene Klimawandel vor große Herausforderungen. Starker Käferbefall und Waldbrände in der Folge extremer Trockenheit fordern die Beschäftigten wie nie zuvor. "Nicht nur der hohe Druck, den wichtigen Waldumbau voranzubringen, auch die gestiegenen Gefahren in der Forstarbeit bringen die Beschäftigten an ihre Belastungsgrenzen und sogar darüber hinaus", sagt Schaum.

Nicht zuletzt sind die enormen Belastungen auch auf den unverantwortlichen Personalabbau in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Personal, das angeblich zu viel war, fehlt heute in allen Bereichen und ist nur schwer zu rekrutieren. Hier



Pressespiegel

Ausgabe: 10.11.2023



zeigt sich immer deutlicher, dass der öffentliche Dienst nicht mehr attraktiv genug ist. Langjährige Beschäftigte wenden sich ab und wechseln den Arbeitgeber oder in andere Berufe. Auszubildende, die nach einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung Übernahmeangebote ausschlagen, verweisen auf andere attraktivere Arbeitgeber. "Dieser Entwicklung muss schnellstens entgegengewirkt werden. Nur mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen werden wir die Menschen halten und neue Beschäftigte gewinnen können", sagt der IG BAU-Vize.

Die Verhandlungen mit dem Land, vertreten durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, beginnen am 14. Februar 2024 in Wiesbaden. Die IG BAU fordert zudem die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen sowie auf die Versorgungsempfänger. Das Land Hessen ist nicht Mitglied in der Arbeitgeber-Tarifgemeinschaft der Bundesländer.

Lokalkompass.de 10.11.2023

